

---

FDP Wetterau

## **WETTERAUER HAUSÄRZTE TREFFEN FDP: PATIENTENVERSORGUNG IST GEFÄHRDET**

07.03.2023

---

Hahn: Wir Freie Demokraten hören den lauten Protest aus der niedergelassenen Ärzteschaft

Der Wetterauer FDP-Landtagsvizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn hat sich gemeinsam mit dem FDP-Kreisvorstand Dr. Lothar Weniger in Bad Nauheim zu einem Austausch mit dem Bezirk Wetterau des Hausärzteverbandes Hessen getroffen. Der Vorstand um Dr. Alexander Jakob, Dr. Oliver Kunkel und Dr. Michael Linn verdeutlichte den Liberalen die Unzufriedenheit mit der Gesundheitspolitik der Bundesregierung. Zuletzt im Februar fand ein hessenweiter Protesttag der Hausärzte gemeinsam mit anderen Fachärzten statt, hunderte von Ärztinnen und Ärzten machten gemeinsam mit ihren Praxisteams mit.

„Die Versorgung der Patientinnen und Patienten ist gefährdet. Jeden Tag müssen auch Praxen im Wetteraukreis die Aufnahme neuer Patienten ablehnen. Grund ist auch eine Missachtung und Geringschätzung medizinischer Leistungen im ambulanten Sektor. Schon heute überlegen sich Praxisinhaber, vorzeitig ihre Tätigkeit einzustellen, Leistungen nicht mehr anzubieten, oder im schlechtesten aller Fälle den Beruf zu wechseln“, machte der Bezirksvorsitzende Dr. Jakob deutlich und verwies zudem auf den auch im Gesundheitssektor grassierenden Fachkräftemangel. Dieser werde in den nächsten Jahren das Gesundheitssystem in nie da gewesener Härte treffen.

„In den Praxen fehlen immer mehr Medizinische Fachangestellte. Diesen steckt die Corona-Pandemie noch in den Knochen, hinzu kommt auch heute oft schon eine Überbelastung. Viele Medizinische Fachangestellte überlegen, auch aufgrund hoher Stressbelastung und fehlender Wertschätzung durch die Verantwortlichen in der Politik den Beruf zu verlassen“, verdeutlichte Dr. Linn

Die niedergelassenen Ärzte in Hessen fordern in einer gemeinsamen Resolution unter

anderem eine Anhebung der Anzahl an Medizinstudienplätze, einen Fortschritt in der Digitalisierung um die Praxen zu entlasten, eine Entbürokratisierung des Gesundheitswesens, die Einführung einer neuen ärztlichen Gebührenordnung (GOÄ) und insgesamt eine finanzielle Kompensation der gestiegenen Kosten.

„Wir Freie Demokraten hören den lauten Protest aus der niedergelassenen Ärzteschaft. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. Auch weiterhin muss allen Menschen eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung gesichert werden. Zugleich müssen die Chancen des medizinischen und digitalen Fortschritts genutzt werden und auch eine Entbürokratisierungsoffensive gestartet werden“, erklärte der ehemalige FDP-Justizminister Hahn bei dem Austausch.

„Aber auch das von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach vorgestellte System der bundesweiten Etablierung von sogenannten Gesundheitskioske lehnen wir ab. Diese tragen nicht zur sicheren Gesundheitsversorgung der Bevölkerung bei und gefährden den Facharztstandard der Medizin. Hier sollen hausärztliche Tätigkeiten von nicht-ärztlichem Personal ohne Delegation übernommen werden“, kritisiert Dr. Kunkel und weist auf einen Abfluss von Geldern für eine schlechtere Versorgung hin. Niedrigschwellige Beratungsangebote sollten ihrer Meinung nach zwar durchaus in besonders benachteiligten Kommunen oder Stadtteilen entstehen, aber dort von regionalen Netzwerken hausärztlicher und fachärztlicher Ärztinnen und Ärzten initiiert und von den regionalen Kommunen finanziell unterstützt werden.

„Niedrigschwellige Beratungsangebote für Behandlung und Prävention sind sicherlich in sozialen Brennpunkten eine gute Idee. Der Zugang zur Versorgung der Patienten mit besonderem Unterstützungsbedarf sollte verbessert werden, damit alle Menschen die Möglichkeit haben, möglichst niedrigschwellig, schnell und kompetent in Gesundheitsfragen beraten zu werden“, so der Liberale Weniger abschließend. Die landauf und landab geäußerte Kritik der niedergelassenen Hausärzte an dem von Lauterbach vorgestellten System sollte dem Bundesgesundheitsminister dennoch zu denken geben. Sicherlich wäre es hier angebracht, gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten über die besten Lösungsmöglichkeiten zu sprechen.